

Berliner Syndikalisten im Streik 1914 bis 1916 (Dokumentation)¹

Helge Döhring

Die folgenden Dokumente sind der Presse der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) entnommen und hier in chronologischer Reihenfolge angeordnet. Hierbei handelt es sich um interne „Mitteilungsblätter“ und „Rundschreiben“ der FVdG-Geschäftscommission mit Sitz in Berlin, die als Ersatz für die bei Kriegsausbruch verbotenen Zeitungen „Die Einigkeit“ und „Der Pionier“ erschienen. „Mitteilungsblätter“ und „Rundschreiben“ werfen in ihren „Vereinsnachrichten“ einen Blick auf die Widerstandsbewegungen in Form von (Lohn-)Streiks gegen die Folgen der Inflation. In der syndikalistischen Presse war es unter „Vereinsnachrichten“ üblich, über eigene Kämpfe zu berichten oder über solche, an denen auch Mitglieder beteiligt waren. Berichte über Aktivitäten ohne syndikalistische Beteiligung waren anderen Rubriken vorbehalten. Die syndikalistischen Quellen versiegen mit dem Verbot des FVDG-Rundschreibens im Sommer 1917.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels, vor allem in der Rüstungsindustrie, befanden sich die Streikenden in strategisch günstigen Verhandlungspositionen. Die bestreikten Betriebe (u. a. AEG, Schwartzkopff, Goerz) bargen im Besonderen auch die Streikaktivitäten der späteren „Revolutionären Obleute“. Denn bei diesen Arbeitsstätten handelte es sich um große und kriegswichtige Rüstungsbetriebe mit einer traditionell verankerten klassenkämpferisch orientierten Arbeiterschaft. Die Berufsgruppen der Dreher und Werkzeugmacher stellten die treibenden Kräfte dar. Diese Arbeiter waren aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation und ihrer Arbeitserfahrung an den Maschinen nur schwer durch adäquate und wirtschaftsfriedliche Kräfte zu ersetzen. Sowohl Syndikalisten als auch „Obleute“ streikten gegen den Willen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) an dessen Führung vorbei und mit Erfolg.

Die FVdG war seit 1897 die Dach-Vereinigung aller lokalen Gewerkschaftsgruppen, die die Zentralisierung der Arbeiterbewegung auf dem Gewerkschaftskongress zu Halberstadt im Jahre 1892 nicht mitgemacht

¹ Die Geschichte der FVdG von 1914 bis 1918 wird erstmals ausführlich dargestellt in Helge Döhring: Syndikalismus in Deutschland 1914-1918. „Im Herzen der Bestie“, Lich 2013.

und sich nicht der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unterstellt hatten, sondern sich föderalistisch, klassenkämpferisch und konsequent antimilitaristisch organisierten. Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im Jahre 1908 erfolgte der Unvereinbarkeitsbeschluss der Mitgliedschaft lokal organisierter Gewerkschafter in der Partei. Die FVdG hatte bei Kriegsbeginn reichsweit etwa 6.000 Mitglieder, vornehmlich in Berlin. Während des Krieges waren ihre Tätigkeiten weitgehend eingeschränkt. Sie konzentrierten sich in erster Linie auf den organisatorischen Zusammenhalt, auf Solidaritätsleistungen und – wie hier illustriert wird – auf den Widerstand in den Betrieben. Zusammen mit den revolutionären Obleuten standen die Syndikalisten im November 1918 in den ersten Reihen der revolutionären Erhebungen. So konstatierte der Obmann der FVdG-Geschäftskommission Fritz Kater: „Der Geist, der in unserer Bewegung gepflegt wurde, war es, der einen großen Teil der Berliner Genossen in die Revolutionsbewegung hineingebracht, die von Anfang bis zum Schluß mittätig waren innerhalb der Bewegung der revolutionären Betriebsvertrauensleute in Berlin. Syndikalisten neben Sozialdemokraten waren es, die am 9. November offen ihren Mann gestanden haben, um das Militär aus den Kasernen, die Arbeiter von den Schraubstöcken, die Frauen und Mädchen aus den Fabriken zu holen. Das war der Niederschlag dessen, was wir seit Jahren gepredigt hatten.“² 1919 konstituierte die Organisation sich mit nunmehr etwa 100.000 Mitgliedern neu als „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD).

Dokument 1

[1914]

Freier Verband der Metallarbeiter Deutschlands. Berlin u. Umg.

„Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution“. Dieser Ausspruch des preußischen Ministers von Puttkamer im Jahre 1886 scheint sich jedenfalls auch der Leitung der Firma C.P. Goerz, Friedenau, bemächtigt zu haben, als in vergangener Woche ca. 250 Dreher dieses Werkes die Arbeit niederlegten, um einen der Zeit entsprechenden „Kriegslohn“ zu fordern – in Höhe von 10 Prozent Aufschlag auf jeden Akkordsatz.

Bisher verrechneten die Kollegen bei 8 Stunden Arbeitszeit 1,05 Mk. pro Stunde.

² Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, abgehalten am 27., 28., 29. und 30. Dezember 1919 zu Berlin in der Aula der Luisenstädtischen Oberrealschule, Dresdener Straße 113, S.21.

Nach 1 ½ tägigem Streik nahmen alle Kollegen die Arbeit geschlossen wieder auf unter der Bedingung, daß sofort auf alle Arbeiten so viel zugelegt wird, daß pro Stunde 1,15 Mk. berechnet werden kann.

Dieser glänzende Erfolg wurde erzielt ohne die Mitwirkung der Verbandsleitung des D.M.V. Bezeichnenderweise hatte diese sofort gewünscht, ausgeschaltet zu werden. Die Kollegen sollen es auf ihr Risiko unternehmen.

Möchten doch alle Berliner Kollegen hieraus lernen und sich ihrer augenblicklichen Macht bewußt werden. Trübe, arbeitslose Zeiten bekommen wir alle in reichlicher Fülle auszukosten, sobald die Kriegslieferungen nachlassen.

An alle unsere Kollegen richten wir den Mahnruf: Bleibt unserer Organisation treu!

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftscommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 14, 14.11.1914

Dokument 2

[1915]

Wie bereits berichtet ist, erzielten die Dreher bei der Firma C.P. Goerz-Friedenau vor einiger Zeit eine durchgehende Erhöhung aller Akkordpreise um 10 Prozent. Jetzt soll [die] dritte, also Nachtschicht, eingestellt werden. Dafür verlangen aber die Kollegen einen Aufschlag von 50 Proz. als Entschädigung. Bisher wurden Nachtschichten dort mit 25 Proz. Aufschlag vergütet. Die Firma zahlt nun zwar nicht die verlangten 50 Prozent Aufschlag für die Nachtschicht, aber 25 und dazu wöchentlich noch eine Vergütung von 5 Mk.

Die Kollegen der Firma Schwartzkopff, Scheringstraße, erhalten einen Akkordzuschlag von 10-15 Proz. Die Werkzeugmacher und Einrichter in der A.E.G. Voltastraße stellten ebenfalls eine Forderung um 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. Auch hier mußten die Herren Elfes, Auerbach usw. sich bequemen, freilich erst, nachdem die Arbeit 16 Stunden geruht hatte, die Forderung zu erfüllen.³ Vier Mann, die nicht mitgestreikt hatten, blieben von der Lohnerhöhung ausgeschlossen. Alle diese Erfolge waren aber nur möglich, weil die Herren Beamten des „großen“ Deutschen Metallar-

³ August Elfes war Direktor der AEG.

beiterverbandes hübsch zu hause blieben. Möchten doch hieraus auch die übrigen Kollegen die Lehre ziehen, daß die Zeit zum Fordern außerordentlich günstig ist. Nicht durch Ueberstunden- und Sonntagsarbeit wollen wir unser Einkommen erhöhen, sondern durch Aufbesserung der Akkord- und Stundenlöhne. Auch die Arbeiter müssen „das Eisen schmieden, solange es warm ist“. Es ist aus diesem allen ersichtlich, daß, wenn die Politikanten bei allen wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiter ausscheiden, und die Arbeiter sich die Unabhängigkeit bewahren, gleichzeitig ihr Selbstbewußtsein steigt und auch die Kraft zur Erringung weiterer Erfolge. Fort mit aller Knechtschaft und mit dem Kadavergehorsam, mit denen der „Deutsche Metallarbeiterverband“ in der Lage war, die Arbeiter jahrzehntelang durch elende Tarifverträge und Vereinbarungen niederzuhalten und sie für einige Konzessionen und Almosen an das Unternehmertum auszuliefern. Lernet selbständig denken und handeln!

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 23, 16.1.1915

Dokument 3

Freier Verband der Metallarbeiter Deutschlands.

Berlin. [...] Bei der Firma „Argus“, Motorenfabrik, forderten 140 Dreher die Aufbesserung ihrer Akkorde um 10 bis 15 Prozent, so daß sie, anstatt wie bisher pro Stunde 1,25 Mk. [...] 1,35 Mk., verdienen könnten, bei 8 resp. 9 Stunden Arbeitszeit. Nach wochenlangem Verhandeln waren die Kollegen gezwungen, ihrer Forderung etwas mehr Nachdruck zu geben, indem sie die Arbeit niederlegten. 8 Mann, Hirsch-Dunckersche und Unorganisierte, bleiben stehen. Die Firma bemühte sich darauf, in allen Berliner Zeitungen, so auch im „Vorwärts“, arbeitswillige Dreher zu ergattern, aber mit negativem Erfolg. Auch die Drohung mit dem „Schützengraben“ hatte nicht den gewünschten Erfolg. Darauf sah sich die Firma gezwungen, die Forderung der Kollegen zu erfüllen. [...]

In zirka dreiwöchigem Verhandeln befinden sich die Dreher des Torpedobaues der Firma Schwartzkopff, Scheringstraße. Auch hier verlangen die Kollegen einen Aufschlag von 10 bis 12 Prozent, also eine recht bescheidene Forderung. Bisher wurden 1,20 Mark verrechnet, der Satz soll auf 1,35 Mk. erhöht werden. Schlosser erzielen einen Stundenverdienst von 1,15 Mk. Nachdem bereits fünfmal verhandelt wurde, stellte sich die Direktion, um am Burgfrieden festzuhalten, auf folgenden Standpunkt:

1. Die Generaldirektion lehnt eine generelle Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent ab.
2. Dieselbe ist sich der Tragweite ihrer Handlung vollkommen bewußt und zieht hieraus die Konsequenzen.
3. Der Beschluß der Generaldirektion erfolgte einstimmig.

Jedem Kollegen ist die Antwort der General-Direktion ohne weiteres so klar, da jegliches Mißverständnis ausgeschlossen ist. Hierauf legten am Freitag, den 19. 3., von zirka 170 Drehern 160 die Arbeit nieder. Nunmehr ließ sich die Fabriksleitung herbei, den Kollegen, die am Gradlauf sowie der Steuermaschine arbeiten, die Preise ein wenig aufzubessern, so daß dieselben bei diesen präzisen Arbeiten etwas ruhiger 1,20 Mk. verrechnen können. Das empfanden die Arbeiter als größten Hohn auf ihre Forderung. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Auch bei Schwartzkopff, Zinnowitzer Straße, geht die Fabriksleitung mit Maßregelung der Arbeiter vor, weil die Arbeiten angeblich zu teuer sind.

Die Kollegen der A.E.G., Voltastraße, befinden sich in Lohnforderungen. Auch hier erklärte der Herr Direktor Elser,⁴ die Werkzeugmacher mögen nur, wollten sie vielleicht auch wieder mit Forderungen kommen, diese sogleich aufstellen und einreichen lassen, damit die Firma auf wenigstens $\frac{1}{4}$ Jahr Ruhe habe!! Dieses Ruhebedürfnis hat aber auch der besoldete Bezirksleiter J. des D.M.-V. Denn, nachdem nun die Werkzeugmacher ihre Forderung eingereicht hatten, dahingehend, ihren Lohn von 1 Mk. auf 1,20 Mk. zu erhöhen, stellt der Beamte J. dieselben Kollegen als Egoisten hin, die keine Rücksicht auf die übrigen Berufe nehmen. Sie sollen mit 1 Mk. bis 1,05 Mk. zufrieden sein. Die Kollegen hatten dafür jedoch wenig Verständnis. Sie nehmen an, daß ihre Tätigkeit mit der damit verbundenen Verantwortung, im Verhältnis zu der eines Saalfegers denn doch zu unterscheiden wäre, und daß es zum mindesten Pflicht jedes ungelerten Arbeiters sei, sich ebenfalls Schulter an Schulter mit den Werkzeugmachern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Die Mehrzahl der Metallarbeiter kennt andererseits diesen besoldeten Herrn Bezirksleiter J. zu genau, um seine Handlungsweise richtig zu bewerten. Die Werkzeugmacher sind hier die einzige Gruppe die nunmehr außer einer Vereinbarung steht. Und mit Recht. Niemand von uns kann heute übersehen, wie es mit den Lebensmitteln usw. nach einem Vierteljahr aussehen wird. [...]

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 33, 27.3.1915

⁴ Vermutlich ein Satzfehler im Original. Es müsste heißen: Elfes.

Dokument 4

[1916]

Über die Lage der deutschen Metallarbeiter, speziell der Berliner, schreibt die Organisationsleitung uns [der Redaktion] folgendes:

Der Arbeitsmarkt ist so gut wie abgegrast. Nur einige Berufe sind zu verzeichnen, in denen auch jetzt noch ständig Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern ist. Es sind dies die Dreher und Einrichter respektive Werkzeugmacher. Alle übrigen Arbeitsplätze, die bisher ausschließlich von Männern besetzt waren, werden jetzt von Frauen und Mädchen eingenommen, und zwar für Entlohnungen, die der Zeit der Teuerung absolut nicht entsprechen. Tonangebend sind hier, wie immer schon, die A.E.G.-Werke.

Der Höchstlohn der Arbeiterinnen durfte bisher im Akkord 60 Pf. pro Stunde nicht übersteigen. Akkordabzüge sind hier dauernd zu verzeichnen und das bei Aufträgen, für die der Staat resp. dessen Verwaltung nachweislich sehr hohe Preise an die Firma zahlt.

In verflossener Woche wurde den Arbeiterinnen an den Maschinen nun wieder mitgeteilt, daß nicht mehr wie bisher 60 Pf., sondern nur noch 55 Pf. pro Stunde, bei achtstündiger Arbeitszeit, verrechnet werden dürfen. Die Akkordpreise werden dementsprechend reduziert. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter dieser Werke, besonders im Zünder- und Granatenbau, zirka 80 Proz. weibliche sind, wo noch obendrein die Betriebsleiter mit der Stoppuhr in der Hand dafür sorgen, daß jede Arbeiterin sich nach dem „Taylorsystem“ bewegt, dann weiß man auch, welche Riesenprofite hier herausgewirtschaftet werden.

Aber auch bei der Firma Schwartzkopff, Schering- und Zinnowitzer Straße, bleibt für die Arbeiter noch recht viel zu wünschen übrig, trotzdem diese Firma bis jetzt noch von der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte abgesehen hat. Hier erfordert die Präzisionsarbeit ganz besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt des Arbeiters.

Vor einigen Wochen kamen hier die Dreher überein, einen der Teuerung entsprechenden Lohnaufschlag von 10 Proz. zu fordern. Die Kommission wurde dieserhalb am 8. Februar vorstellig, jedoch vom Ober-Ingenieur auf Donnerstag, den 10. vertröstet. Die Firma aber lehnte die Forderung ab. Nur den Arbeitern im Setzmaschinenbau – dem kleinsten Teil der Beschäftigten –, die bisher 20 Pf. pro Stunde weniger verdienten, als die im Torpedobau, bewilligte sie eine Zulage. Dieses „Zugeständnis“ wurde seitens der Arbeiter zurückgewiesen. Die Kommission, die der Direktion den Bescheid überbringen sollte, wurde im Auftrage des Herrn

Ober-Ingenieurs durch den Portier vom Hof entfernt. Eine solche Behandlung der Beauftragten trug dazu bei, daß am gleichen Tage 400 Dreher die Arbeit niederlegten. Ihnen wurden die Entlassungspapiere, jedoch ohne den „Kriegsschein“,⁵ zur Verfügung gestellt, die sie aber nicht abholten. Im Gegenteil beschloß eine am Sonntag, den 13. Februar, bei Franke, Badstraße, stattgehabte Betriebsversammlung, daß sich auch die Schlosser und Maschinenbauer der Forderung der Dreher anschließen. Eine weitere Kommission unterbreitete das Resultat am Montag. Auch diese Forderung wurde von der Firma abgelehnt. Die Folge war, daß am Dienstag früh auch die Schlosser, Fräser usw. geschlossen die Arbeit niederlegten, jedoch ohne dazu die Sanktion der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu haben.

Doch am selben Tage wandte sich einer der Herren Direktoren an den Industrieverband und an den Kriegsausschuß. Letzten Endes wurde der Streikleiter – ein Absolvent der sozialdemokratischen Parteischule – nach dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Linienstraße bestellt und ihm eröffnet, daß die Arbeit am nächsten Morgen unbedingt wieder aufzunehmen sei.

Und die Verbandsdisziplin hat obgesiegt. Der Streikleiter, der bis dahin der „felsenfesten Überzeugung“ von der Richtigkeit der Handlung seiner Kollegen war, war nun, wie schon öfter, der noch felsenfesteren Überzeugung, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse. Wenn auch kein finanzieller, so sei doch ein moralischer Erfolg zu verzeichnen. Und siehe da, seine Verbandskollegen sprachen es ihm wacker nach.

Die moralischen Erfolge bestehen darin, daß die Firma eine von den Arbeitern aufgestellte Akkordliste über die schlechten Preise zur Einsicht nehmen wird. Die Arbeit wurde darauf am Mittwoch, den 16. Februar, geschlossen wieder aufgenommen.

Wieder „ein großer Sieg!“

Aus: Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine, Nr. 18, 1.3.1916

5 Der „Kriegsschein“, auch „Abkehrschein“ genannt, berechtigte den Arbeiter dazu, nach dem Ende seines Beschäftigungsverhältnisses in einem anderen Betrieb eingestellt zu werden. Erwerbslose ohne „Kriegsschein“ wurden bevorzugt zum Militärdienst eingezogen. Klassenkämpferischen Arbeitern drohte bei Entlassung die Verweigerung der Ausstellung des „Abkehrscheins“.